UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT

UWG BÜRGER FÜR BÜRGER WÜRSELEN

UNABHÄNGIGE WÄHLERGEMEINSCHAFT

UWG Würselen Unabhängige **Wählergemeinschaft**

Lesen Sie die Haushaltsrede 2016 zum Haushalt 2017

http://www.uwgwuerselen.de

Meine sehr verehrten Zuhörerinnen und Zuhörer, liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Damen und Herren der Verwaltung.

Zur Vereinfachung und zum besseren Verständnisses meiner Rede, möchte ich im weiteren Verlauf auf eine geschlechtergerechte Schreib – und Ausdrucksweise verzichten. Selbstverständlich richtet sich meine Ansprache an alle Würselener Bürger, - egal welchen Geschlechts.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, noch zu Beginn des Jahres 2016 wurde mit den Stimmen der großen Koalition beschlossen, die Grundsteuern ab 2017 zu erhöhen, - zur Beruhigung galt der Hinweis: - zunächst einmal nur planerisch.
Bis vor wenigen Wochen des jetzt zu Ende gehenden Jahres, waren Grundsteuererhöhungen ab den Jahren 2018 – 2021 Bestandteil von zukünftig zu treffenden Beschlüssen, - doch auch hier beruhigend: - zunächst erst einmal nur planerisch.
Die in einigen Fällen existenzbedrohenden Auswirkungen für viele Würselener Bürger, die mit diesen geplanten Steuererhöhungen verbundenen gewesen wären, sind jetzt erst einmal vom Tisch, aber auch hier gilt: - zunächst einmal nur planerisch.

An dieser Stelle möchte ich nur auf einige wenige Investitionen eingehen, die trotz unseres wackeligen Haushaltes in den kommenden Jahren möglich gemacht werden, - ohne dabei Steuererhöhungen, - rein planerisch, vornehmen zu müssen.

Die UWG – Würselen ist heilfroh, dass wir endlich in der Lage sind, die für die Feuerwehr seit langem überfälligen und notwendigen Investitionssummen, - bis 2021 nahezu 2,8 Mio. Euro, zum Beispiel in den Bereichen Ausrüstung und Fahrzeuge tätigen zu können. Hierbei geht es immerhin um die berechtigten Interessen zum Schutz der Würselener Bevölkerung.

Ganz wichtig sind für uns die Maßnahmen, mit denen die Bildung unserer Kinder und Jugendlichen langfristig und dauerhaft auf ein gesundes Fundament gestellt werden kann.

Um dies zu gewährleisten, sind enorme Anstrengungen nötig, damit die vorhandenen Bildungsstätten in diesem Sinne erhalten und nach modernen Standards zukunftsfähig gemacht werden können.
In den Ausbau und Erhalt des Gymnasiums werden laut eines modifizierten Gutachtens ca. 23,5 Mio. Euro in den nächsten Jahren nötig sein. Hiervon werden wir im besten Fall 70% als Fördergelder erhalten. Der Eigenanteil für die Stadt Würselen nähert sich nur für diese Maßnahmen damit fast der 10 Mio. Euro Grenze, - eine beängstigende Summe. Die Frage nach dem Warum, dass so eine astronomisch hohe Investition überhaupt nötigt wird, lässt eigentlich nur einen Schluss zu:

Seit Jahren ist es von der politischen Mehrheit wohl versäumt worden, ausreichende Mittel in unsere maroden Immobilienbestände zu investieren. Parteiideologisch eingefärbte Vorhaben schienen wohl wichtiger zu sein als das Wohl unserer Kinder.

Einen kleinen Trost gibt es dennoch. Für 2017 können wir mit Fördergeldern des gemeinsamen Projektes von NRW – Bank und des Landes NRW „Gute Schule 2020“ rechnen. Maßnahmen für die Verwendung dieser Gelder können wir noch festlegen.

Einen ähnlich hohen Stellenwert hat für uns die Entwicklung und der Ausbau unserer Kindergärten. Dort werden bis 2021 zusätzliche Kosten in Millionenhöhe auf uns zukommen. Hier gilt es, möglicherweise fehlende oder zum jetzigen Zeitpunkt noch unvorhergesehene Mittel über die jetzt zu beschließenden Ansätze bereitzustellen.

Obwohl wir Förderprogramme wegen der damit verbundenen Eigenanteile und den häufig einhergehenden Auflagen zur Umsetzung weiterhin sehr skeptisch, - ja, je nach Zeitpunkt der Beantragung und Realisierungsfristen der Maßnahmen, sogar ablehnend gegenüberstehen, werden wir diese bildungsbezogenen Anträge für Fördergelder unterstützen. Dabei wünschen wir der Verwaltung eine glückliche Hand. Bei solchen Projekten sind beide Finanzmittel, mögliche Fördergelder und Eigenanteile aus unserer Sicht optimal angelegt.

Im Bereich Asyl und Integration zeigen sich Bund und Land mittlerweile einsichtig und erstatten den Kommunen die für diesen Themenbereich anfallenden Kosten nahezu eins zu eins. Zukünftig steht durch das Land ein Betrag von 10.000,- Euro pro Jahr und Asylbewerber zur Verfügung.

Selbst die Schlüsselzuweisungen weisen für den Planungszeitraum bis 2021 positive Ergebnisse und somit unvorhergesehene Einnahmen aus.

Bei den pflichtigen, nämlich vielen sozialbezogenen Ausgaben, wurde die UWG in der Vergangenheit nicht Müde, immer wieder auf ein mögliches Einsparpotential hinzuweisen. Durch den Einsatz eines externen Controllings werden wir in den Folgejahren ein nicht unerhebliches Einsparergebnis vorweisen können. Bei aller Begeisterung legt die UWG – Würselen großen Wert darauf, dass diese Einsparungen nicht zum Absenken von Standards führen dürfen und der finanzielle Erfolg somit auf dem Rücken der oft schwächsten unserer Gesellschaft ausgetragen werden würde.

Der jetzt zu verabschiedende Haushalt weist sogar einen Überschuss von ca. 750.000,- Euro aus. Dieser Betrag soll entgegen der ursprünglichen Planung nicht zur Tilgung unserer Schulden verwendet, sondern in verschiedenen Anteilen, zum Beispiel für die Instandhaltung von Gebäuden und Straßen, eingesetzt werden. Ein sinnvoller Vorschlag der Verwaltung, den die UWG auch gerne unterstützen wird.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, das Klagen von SPD und CDU, dass viele äußere Faktoren, also durch Land und Bund verursachte Haushaltsverschlechterungen zum Zustand unseres Haushalts geführt hätten, würde heute wohl seine Wirkung verfehlen. Werden doch etliche Kosten durch entsprechende Zuweisungen auf null zurückgeführt. Für diese Haushaltskonsolidierung hat die große Koalition keinen Finger krumm gemacht, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Vielmehr wurde deren bekundeter Wille zum Sparen nur wie eine Monstranz vor sich hergetragen. Entsprechende Beschlüsse fehlten aber oft genug. Fehlender Sparwille wurde mit Hilfe der Bürger kompensiert. Sie wurden mit großer Transparenz und unmittelbar an der Sanierung unseres Haushalts beteiligt, durch Steuererhöhungen in zwei aufeinanderfolgenden Jahren. Doch das war „gestern".

Eine weitere Hilfestellung, neben dem unfreiwilligen Engagement unserer Bürger, gab uns die Gemeindeprüfanstalt. Handlungsempfehlung war und ist zum Beispiel ein 800 – Punkte Papier der GPA.

Bereits am 19.6.2015 hat die UWG dieses Papier zum Anlass genommen, daraus einen Katalog mit 72 Fragen an die Verwaltung einzureichen, - verbunden mit der Bitte, diese Punkte auf ein mögliches Einsparpotential hin zu prüfen.

Es musste ein Zeitraum bis zum 04.10.2016 verstreichen, ehe man sich überhaupt mit
dem GPA – Papier und somit auch unserem Antrag auseinandersetzte.
Wie ernst die Politik dieses Papier und damit auch unsere Fragen bis dahin genommen hat, lässt sich an dieser Stelle leider nicht beantworten. Darauf muss ich Ihnen die Antwort schuldig bleiben. Doch urteilen Sie selbst:
In der Sitzungsvorlage der Finanz – und Beteiligungsausschusses vom 04.10.2016 wurden, fast schon in inflationärer Weise, Prüfaufträge durch die SPD aus diesem Papier zum Besten gegeben.

Neben der Deckelung des Budgets für den Personalrat, - hier geht es um die Vertretung der Arbeitnehmer in der Verwaltung!!, meine sehr geehrten Damen und Herren, sollte die Kürzung von Beschäftigungsentgelten für Aushilfskräfte geprüft werden. Sowohl die Reduzierung von Sachmitteln für Fortbildungsveranstaltungen oder die gesetzlich vorgeschriebene Regelung des Zuschusses` für die Schulbuchbeschaffung, aber auch die Schließung von Bürgerhäusern, - von denen wir in Würselen kein einziges haben, wollte die SPD geprüft sehen. Erwähnen möchte ich zum Abschluss noch den Prüfauftrag zur Reduzierung freiwilliger Leistungen für die Altenhilfe.

Hier schien wohl kein ernsthafter Wille vorhanden zu sein, sich mit den Inhalten dieses Papiers ernsthaft auseinanderzusetzen. Oder sollte sich die Würselener SPD von allen Sozialstandards, - teils auch rechtlich vorgegebenen, wie seinerzeit bei der Agenda 2010, verabschiedet haben?
Meine sehr verehrten Damen und Herren, berücksichtigt man die Leichtfertigkeit der großen Koalition und die mit ihr eingespielte Verwaltung, wie sie den Umgang mit Anregungen und Anträgen der Opposition pflegt, dann fällt einem ein Fazit relativ leicht.

Neben verschiedenen Beschlüssen von SPD / CDU, die gravierende negative Auswirkungen auf den Haushalt der Stadt Würselen haben können, gibt es auch andere Unwägbarkeiten, die sich umgehend, sehr schädlich auf unseren Haushalt und somit auf mögliche Finanzierungsmittel zur Deckung der entstehenden Defizite auswirken können. Dazu gehört auch in diesem Jahr zum Beispiel wieder die Höhe der Städteregionsumlage. Erneut erreicht sie für die Stadt Würselen astronomische Höhen.

Gleichzeitig muss man natürlich festhalten, dass die momentane Zinsentwicklung unseren Haushalt erheblich begünstigt. Bei einem Gesamtschuldenstand von immer noch mehr als 100 Mio. Euro liegt unsere jährliche Zinsbelastung bei ca. 1,7 Mio. Euro. Auch wenn wir einen möglichen Anstieg der Zinsen mit einer regelmäßigen leichten Steigerung der Haushaltsansätze einplanen, kann sich jeder ausmalen, was eine plötzliche Erhöhung des Leitzinses um nur einige Prozent für den Haushalt der Stadt bedeuten würde.
Gleiches gilt für die Personalkosten, deren mögliche Steigerung wird mit nur einem Prozent je Jahr hochgerechnet. Die letzten Tarifverhandlungen für den öffentlichen Dienst ergaben Lohnsteigerungen um die fünf Prozent auf zwei Jahre verteilt.

Berücksichtigt man all diese Tendenzen, dann relativiert sich das Schulterklopfen der Beteiligten Großkoalitionäre wegen des ausgeglichenen Haushaltes schon ganz erheblich.

Man kann erkennen, dass sich eine frühzeitige Beschäftigung mit den 800 Einsparvorschlägen der GPA unter diesen Umständen aufgezwungen hätte.
Unter diesen Voraussetzungen sollte man wohl einige Beschlüsse der Großen Koalition etwas näher beleuchten. Sie haben möglicherweise, wie schon erwähnt, erhebliche negative Auswirkungen auf den auf sehr wackligen Beinen stehenden Haushalt unser Stadt bis 2021 und darüber hinaus.

Der Koalitionspartner der SPD teerte und federte förmlich den technischen Beigeordneten in aller Öffentlichkeit und ließ kein gutes Haar an dessen gesamter Arbeitsweise seiner vorausgegangenen Wahlperiode. Aus Sicht der UWG wurde die Person des Amtsinhabers damit erheblich beschädigt. Anstatt dann aber konsequent auf eine Wiederbesetzung zu verzichten, gab es von CDU ein einstimmiges Votum für eine Wiederwahl. Man hätte die vernichtende Kritik als Anregung und Motivation, es jetzt besser zu machen, für den alten und neuen Amtsinhaber verstanden sehen wollen.

Richtig ist auch, meine sehr verehrten Damen und Herren, dass die UWG der Wiederwahl eines technischen Beigeordneten grundsätzlich nicht zugestimmt hat. Dabei ging es uns in keiner Weise um die Person, als vielmehr um die haushaltstechnische Relevanz einer Wiederwahl und der Besetzung einer zweiten Beigeordneten Stelle.
Das Einsparpotential bei einer Nichtbesetzung hätte bei ca. 80.000,- Euro pro Jahr gelegen und unseren Haushalt entsprechend langfristig entlastet...
Die große Koalition ging bei diesem Thema sogar noch einen Schritt weiter. Es wurde eine höhere Besoldung der Beigeordneten beschlossen, - mit sofortiger Wirkung. Aus unserer Sicht ein Schlag ins Gesicht für alle anderen Lohn –und Beschäftigungsbereiche in der Restverwaltung. Hier wird seit etlicher Zeit das Lohnniveau in Hinsicht auf unseren Haushalt, soweit möglich, nach unten angepasst. Aus Sicht der UWG darf das natürlich nur für alle Lohnbereiche gelten. Die Reaktion des Personalrates, - die wir voll und ganz unterstützen, ließ nicht lange auf sich warten und er kritisierte mit eindeutigen Worten eine solche, nicht zu akzeptierende Ungleichbehandlung.
Gestatten Sie mir ein weiteres Beispiel aus dem Personalbereich.
Die Fachbereichsebene wurde in eine Fachdienstleiterebene umorganisiert.

Statt mit vorher sechs Fachbereichsleitern haben wir nun mit neun Fachdienstleiterstellen zu rechnen.
Die UWG wartet bis heute noch auf die Beantwortung ihrer Frage ob und in welcher Höhe unser Haushalt damit zusätzlich belastet wird. Es gibt genug Anlass zu Befürchtungen, dass diese Ebene zukünftig mit parteiorientierten Arbeitskräften besetzt wird. Uneinigkeit zwischen den Koalitionspartnern besteht zu Zeit nur noch in der Frage, ob eine Besetzung mit Beamten oder Angestellten, - natürlich auch in anderen Bereichen, vorgenommen wird.
Für die UWG ist eine Ausweitung der Beamtenstellen in der Verwaltung nicht tragbar. Stellen uns die Pensionslasten doch heute schon vor große Probleme. Für die Folgejahre liegen wir jetzt bei zusätzlichen Belastungen von 700.00,- € je Jahr.

Die SPD besteht auf eine stärkere Verbeamtung innerhalb der Verwaltung. Es war vom SPD – Fraktionsvorsitzenden zu vernehmen: „Wir wären schlecht beraten, wenn wir Bewerbern aus finanziellen Gründen, die nicht bestehen, die Einstellung und Verbeamtung versagen!"
(s. AZ/ AN vom 21.11.2016).

Der wacklige Haushaltsausgleich wird scheinbar wieder dazu benutzt, nach alten Mustern zu verfahren.

Wenn ich eben von sinnvollen, zusätzlichen Investitionen zur Straßenunterhaltung sprach, dann gehört die gegen die Stimmen der UWG beschlossene Sanierung der Waldstraße ganz gewiss nicht dazu. So sehr mir der Ortsteil Morsbach am Herzen liegt, so wenig plausibel erscheint mir der Vorschlag der SPD, diesen Straßenbereich wichtigeren Verkehrswegen vorzuziehen. Die 45.000,- Euro für die Sanierung der Waldstraße wären zum jetzigen Zeitpunkt und an anderer Stelle sinnvoller eingesetzt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die für unseren Haushalt unverkennbar problematischste Entscheidung ist vermutlich die Beschluss Lage zum Neubau einer Gesamtschule an der Krottstraße.

Ich möchte erneut festhalten, dass sich die UWG – Würselen grundsätzlich zu einer Gesamtschule in Würselen bekennt, - eben nur nicht in Form eines Neubaus.

Für uns ist und bleibt die Realschule am Wisselsbach, mit der sich seit Jahren bewährten Infrastruktur, ihrer Lage und Akzeptanz als Schulstandort, die einzige Variante zu Realisierung einer auf die Zukunft hinaus ausgerichteten Gesamtschule. Um den Koalitionsfrieden nicht zu gefährden, wurde aus Sicht der UWG ein Neubau klein – und schöngerechnet. Bereits jetzt weist das Büro, welches Planung, Ausschreibung und Vergabe begleitet, auf die Option hin, bei einem zu gering dimensionierten Raumangebot, ein weiteres Stockwerk aufzusetzen zu können. Diese Kosten finden sich in der heutigen Kalkulation nicht wieder. Genauso wenig finden Aufwendungen für begleitende, notwendige Verkehrsmaßnahmen, für die Regenrückhaltung bzw. Entwässerung und die mit dem Neubau verbundene Sportstättenverlagerungen Berücksichtigung. Die Kosten für die Handhabe der jetzt ernsthaft vermuteten Bodenbelastungen an diesem Standort stehen in den Sternen. Angaben über zusätzliche Kosten zur Lösung des Schulbusverkehrs liegen ebenfalls nicht vor.

Konzepte zur Erschließung des neuen Gebäudekomplexes, über den Umgang mit dem Rettungsverkehr des nahegelegenen Krankenhauses, den Verkehrsbeziehungen zwischen Radfahren, Autofahrern und Fußgängern bestehen bis zum heutigen Tage nicht.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Haushalt 2017 und folgende weist viele, in direktem Zusammenhang gebrachte Maßnahmen aus, die aus unserer Sicht eben nicht gleichberechtigt nebeneinander bestehen können.
Um nur ein Beispiel zu nennen, möchte ich noch einmal auf die Maßnahmen zur Zukunftsfähigkeit des Gymnasiums kommen.

Der Eigenanteil liegt für die Stadt Würselen bei ca. 10,0 Mio. Euro. Wenn es denn so wäre.

Tatsächlich sind in dieser Summe aber auch Kosten enthalten, die einen nicht unerheblichen Umbau unserer kompletten Sportlandschaft zur Folge haben. Vernünftige

Konzepte und eine ausreichende Beteiligung von Vereinen, die ein belastbares Stimmungsbild aus den betroffenen Gremien heraus liefern würden, liegen bis zum heutigen Tag nicht vor. Stattdessen wird nach der von uns immer wieder verurteilten „Salamitaktik" verfahren. „Wir beschließen erst einmal und dann sehen wir weiter."
In Köln, - glaube ich, sagt man: –*„et hätt noch emmer jot jejange."*
Nur, meine Damen und Herren, die Ergebnisse der Vergangenheit auf dem Würselener Parkett belehren uns eines Besseren.

Nachdem der Druck seitens der Opposition im Hinblick auf den Schulneubau immer größer wurde, entschloss sich die CDU dann doch noch zum Einlenken. Der von der UWG seit etlichen Monaten geforderte „Plan B", nämlich eine belastbare Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zum alternativen Standort der Realschule als Heimat für die neue Gesamtschule, wurde nun endlich als notwendig erkannt.
Wie formulierte bereits Schopenhauer? „Alle Wahrheit durchläuft drei Stufen. Zuerst wird sie lächerlich gemacht oder verzerrt. Dann wird sie bekämpft. Und schließlich wird sie als selbstverständlich angenommen."

Mittlerweile liegt sogar eine Offerte der NRW – Bank vor, eine solche Untersuchung kostenlos vorzunehmen. In der Überzeugung, dass die Kalkulation für einen Neubau, zuzüglich der damit verbundenen Kosten für die zuvor erwähnten Infrastrukturmaßnahmen nicht haltbar ist, wird die UWG dem langen überfälligen Ansinnen einer Wirtschaftlichkeitsuntersuchung zustimmen. Weil wir aber nicht noch mehr Geld aus dem Fenster hinaus werfen wollen, ist es für uns unabdingbar, dass diese Bewertung von der NRW – Bank vorgenommen werden soll, - kostenlos. Eine, wie bereits als Beschluss Lage vorliegende, kostenpflichtige Untersuchung ist mit uns nicht zu machen.

Umso erstaunlicher erscheint uns nun, dass alle Bedenken, die gegen die Realschule als Gesamtschulstandort sprachen, und von Verwaltung und Koalition immer wieder als vorrangige Gründe für einen Neubau ins Feld geführt wurden, jetzt scheinbar gegenstandslos sind. Wie sonst lässt es sich erklären, dass es nun möglich sein sollte, die Grundschule Friedrichsstraße, die aus Platzgründen erweitern muss, nun in den Räumlichkeiten der Realschule unterbringen zu können?

Wie meinen Ausführungen zu entnehmen ist, bedarf es etlicher Maßnahmen, um unseren Haushalt positiv und somit auch unsere Stadt Würselen in Zukunft für uns Lebens –und liebenswert zu gestalten. Diese Schritte werden wir in Einzelsegmenten auch voll unterstützen.

Dem entgegenzuhalten sind die getroffenen Beschlüsse der großen Koalition, die den Haushalt aus unserer Sicht für die kommenden Jahre erheblich gefährden und alle Kompensierungsmaßnahmen zur Gratwanderung werden lassen.
Dieses hohe Gefährdungspotential macht es uns unmöglich, dem uns vorliegenden Haushalt für 2017, zuzustimmen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, lassen Sie mich zum Schluss noch folgendes bemerken:
Die Bewertung des politischen Vorgehens der großen Koalition während des zu Ende gehenden Haushaltsjahres, lässt schon viele Mutmaßungen zu.
Mitunter verfestigt sich der Eindruck, dass die große Würselener SPD und die nicht minder große CDU, die Würselener Opposition während diese Zeitraumes grundsätzlich als schmückendes, parlamentarisches Beiwerk oder als das notwendige demokratische Übel ansahen und ansehen. Anders lässt sich manche Entscheidung und Diskussion gegen nachvollziehbare und plausible Oppositionsanträge, -Vorschläge, -Anregungen aber auch gegen begründete Bedenken, die während der einzelnen Beratungen vorgebracht wurden, nicht erklären. Vielmehr lässt, dass politische Agieren und Lamentieren auch für die Zukunft ein gleiches Vorgehen befürchten.

An dieser Stelle möchte ich mich recht herzlich für Ihre Aufmerksamkeit bedanken.
Die UWG – Würselen wünscht Ihnen allen, Ihren Familien und Freunden schon jetzt ein gesegnetes Weihnachtsfest und einen guten Übergang in das neue Jahr.
Vielen Dank

Theo Scherberich
Fraktionsvorsitzender der UWG – Würselen
Würselen, den 13.12.2016